

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Ostsee-Pipeline

Die Erdgasvorkommen in den EU-Mitgliedstaaten gehen allmählich zur Neige. Prognosen gehen davon aus, dass in der EU der Erdgasimportbedarf von 336 Mrd. m³ im Jahr 2005 auf 526 Mrd. m³ im Jahr 2015 ansteigen wird. Um diesen zusätzlichen Bedarf zu decken und erstmals einen direkten Zugang zum europäischen Absatzmarkt zu erhalten, hat Russland vorgeschlagen, eine Erdgasleitung durch die Ostsee von Wyborg nach Greifswald zu errichten. Im September 2005 unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Schröder und der russische Präsident Putin dazu eine Absichtserklärung. Allerdings verzögern ökologische und politische Einwände der Ostseeanrainer den Baubeginn.

Energiekooperation mit Russland

Die Planungen zum Bau einer Ostsee-Gaspipeline wurden zunächst von der EU unterstützt. Das Projekt erhielt im Jahr 2000 den Status eines „Transeuropäischen Netzes“ (TEN). Die EU bekräftigte ihre Unterstützung 2002 im Rahmen des EU-Russland Energiedialogs. Die positive Einschätzung des Ostsee-Pipeline-Projekts änderte sich jedoch, nachdem Russland zur Jahreswende 2005/2006 der Ukraine wegen politischer Differenzen den Gashahn zudrehte, und dies zu einem Lieferausfall in die EU führte. Ähnliche Vorfälle wiederholten sich dann gegenüber Weißrussland, Georgien und dem EU-Mitglied Litauen. Mit dem Missbrauch von Energie als politischem Druckmittel mehrten sich Zweifel an der Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant. Zugleich wurde der EU ihre eigene energiepolitische Verwundbarkeit vor Augen geführt. Vor allem in den von russischen Erdgaslieferungen besonders abhängigen mittel- und nordosteuropäischen EU-Staaten stieg vor dem Hintergrund dieser Ereignisse die Skepsis gegenüber der geplanten Ostseepipeline. Auf EU-Ebene führten diese Vorkommnisse zu Überlegungen, eine eigene Energieaußenpolitik zu entwickeln und künftig Energiequellen, Lieferanten und Transportwege stärker zu diversifizieren. So wurde etwa beschlossen, den Bau einer Gaspipeline vom Schwarzen Meer unter Umgehung Russlands, die sogenannte Nabucco-Pipeline, nach Österreich zu unterstützen.

Die Nord Stream AG

Für den Bau und Betrieb der Ostsee-Pipeline wurde 2005 die Nord Stream AG mit Sitz in Zug (Schweiz) gegründet. An Nord Stream hält die russische Gazprom 51%, die BASF/Wintershall

Holding AG und E.ON Ruhrgas AG jeweils 20% und die N.V. Nederlandse Gasunie 9% der Anteile. Die Kosten für den Bau sollen zu 30% durch Eigenkapital der Anteilseigner und zu 70% mittels Kredite finanziert werden. An der Spitze von Nord Stream steht ein Aktionärsausschuss, der sich aus Führungskräften der beteiligten Gesellschafter zusammensetzt. Vorsitzender ist der frühere deutsche Bundeskanzler Schröder.

Verlauf und Finanzierung

Die 1220 km lange Pipeline soll vom russischen Wyborg bis Greifswald verlaufen. Von dort sollen zwei Leitungsstränge nach Süden und nach Westen zum Anschluss an das europäische Leitungsnetz gebaut werden, um das ankommende Erdgas weiter nach Belgien, Großbritannien, Frankreich und in die Niederlande zu transportieren.

Die Ostsee-Pipeline wird aus zwei parallel laufenden Röhren mit einem Durchmesser von 1.220 Millimetern bestehen. Auf russischem Gebiet errichtet Gazprom eine mehr als 900 km lange Leitung, um die Ostseepipeline mit dem russischen Gasleitungsnetz zu verbinden.

Probleme bei der Umsetzung des Projekts

Da es sich bei der Ostsee-Pipeline um ein grenzüberschreitendes Projekt handelt, unterliegt es internationalem Recht und dem nationalen Recht jener Staaten, durch deren Küstenlinie bzw. Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) es verläuft. Konkret wird die geplante Ostsee-Pipeline durch die AWZ von Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland verlaufen. Damit sind diese Staaten an der Planung zu beteiligen. Gemäß der Espoo-Konvention von 1991 muss Nord Stream vor Baubeginn eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchführen. Die Ostsee-

anrainer Schweden, Finnland, Polen und Estland fürchten nun, dass die Bautätigkeiten auf dem Grund liegende Giftgasgranaten aus dem Zweiten Weltkrieg beschädigen oder giftige Sedimente, die sich dort abgelagert haben, aufwirbeln und eine Umweltkatastrophe auslösen könnten. Der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) bezeichnete inzwischen die Ostseepipeline in einem Bericht als „ernsthafte Umweltbedrohung“ und forderte eine Verlegung der Trasse über Land.

Estland untersagte 2007 die Verlegung der Rohre durch seine Hoheitsgewässer, womit die Pipeline nun zu einem großen Teil durch die schwedische AWZ führen müsste. Im Februar dieses Jahres hat Schweden den ersten Bauantrag für jenes Gebiet wegen der Unvollständigkeit der eingereichten Dokumente zurückgewiesen. Nord Stream hatte ursprünglich die Absicht geäußert, vor der Küste Gotlands eine Plattform für Wartungsarbeiten an der Pipeline zu errichten. Nachdem dieses Vorhaben in der schwedischen Öffentlichkeit die Sorge vor militärischer Spionage hervorgerufen hatte, verkündete Nord Stream im April 2008 dann, auf die Errichtung einer Serviceplattform verzichten zu können.

Weniger ökologischer denn politischer Natur sind die Sorgen, die in Polen geäußert werden. Bisher strömt der Großteil des russischen Erdgases durch Landleitungen über die Ukraine (bzw. Weißrussland) und Polen in die EU. Mit dem Bau der Ostsee-Pipeline könnte Russland die Gasversorgung Polens (und der Ukraine) lahmlegen, und an beiden Ländern vorbei Erdgas in die EU transportieren. In Polen wird daher parteiübergreifend gefürchtet, bei politischen Auseinandersetzungen mit Russland zum Spielball russischer Energiepolitik zu werden. Ein weiterer Grund für den Widerstand Polens liegt darin begründet, dass die Ostseepipeline mit den bestehenden Landpipelines konkurrieren würde, für die Polen Transitgebühren kassiert, und die dann wegfielen. Polen, die Ukraine und auch die baltischen Staaten fordern deshalb, anstelle der Seeroute eine Landleitung zu wählen.

Aussichten für die Realisierung

Die Einwände der Ostseestaaten verzögern den Baubeginn und treiben die Baukosten in die Höhe. Die Baukosten haben sich inzwischen fast verdoppelt: 2005 wurden sie auf 4 Mrd. € beziffert, heute werden sie auf 7, 8 Mrd. € geschätzt. Eigentlich sollten bereits Ende 2008 die Vorbereitungen für die ersten Bauarbeiten beginnen, dann wurde der Zeitraum Mitte 2009 und nun wird Anfang 2010 genannt. Der Beginn der Gaslieferungen durch die Ostsee-Pipeline war eigentlich für 2010 vorgesehen, jetzt nennt das Betreiberkonsortium das Jahr 2011. Bis heute hat kein Land, auf dessen Territorium die Pipeline verlegt werden soll, die abschließenden Genehmigungen dazu erteilt. In Dänemark und Finnland hat Nord Stream die Genehmigungsanträge bis heute nicht einmal eingereicht. Auch der genaue Trassenverlauf steht aufgrund der beschriebenen Einwände bis heute nicht definitiv fest. Damit scheint sich abzuzeichnen, dass auch die neue Terminplanung für den Bau nicht eingehalten werden kann.

Der neue russische Präsident Medwedew und Kanzlerin Merkel kündigten zwar auf einem gemeinsamen Treffen im Juni 2008 an, den Bau der Pipeline voranzutreiben und die Einwände auszuräumen, allerdings verringern solche Absichtserklärungen nicht das Misstrauen in den Ostseeanrainerstaaten selbst. Eine Möglichkeit, die dort geäußerte Skepsis gegenüber der Ostsee-Pipeline zu überwinden, könnte sich jedoch im Rahmen der vor kurzem eröffneten Verhandlungen zwischen der EU und Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ergeben. Wenn das umstrittene Projekt in die Verhandlungen miteinbezogen würde, könnte die Ostsee-Pipeline von einer überwiegend deutsch-russischen auf eine europäisch-russische Ebene gehoben werden, an der die zögernden EU-Ostseeanrainer direkt beteiligt wären.

Für eine gewisse Entspannung der festgefahrebenen Situation hat inzwischen die deutsche Seite mit ihrer Ankündigung gesorgt, eine Abzweigung der Pipeline könne nach Polen gebaut werden.

Dr. Jörg Schneider, Lea Pflieger, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de

Quellen und Literatur:

- Nord Stream: <http://www.nord-stream.com/de/project.html>
- Oliver Geden/Timo Noetzel: Europas Energiestrategie – Die deutsche Ratspräsidentschaft auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik? SWP-Aktuell 5, Januar 2007.
- Roland Götz: Die Ostseegaspipeline – Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel? SWP-Aktuell 41, September 2005.
- Martina Tatarintseva/Ognian N. Hishov: Die Energiestrategie der EU und die Kooperation mit Russland – Ungleiche Partner auf der Suche nach einem Ausgleich ihrer Interessen, SWP-Aktuell 48, Oktober 2006.
- Jörg Schneider/Michal Deja: Die Energieaußenpolitik der Europäischen Union, Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, Europathema Nr. 06/08 (7. Februar 2007).
- Jörg Schneider/Frederik von Harbou: Die „Nabucco“-Gaspipeline als Teil der EU- Energieaußenpolitik, Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, Europathema Nr. 22/07 (21. Juni 2006).